

# Ermittler durchsuchen K+S-Zentrale

## Verdacht illegaler Abfallentsorgung

VON ANNETT GEHLER

**ERFURT/GERSTUNGEN.** Ermittler haben wegen des Verdachts illegaler Abfallentsorgung am Mittwoch Büro- und Geschäftsräume des Düngemittel- und Salzproduzenten K+S durchsucht. Neben der Unternehmenszentrale in Kassel waren Büros im osthessischen Philippsthal und im thüringischen Unterbreizbach sowie zwei Privatwohnungen betroffen, wie das Thüringer Landeskriminalamt (LKA) in Erfurt mitteilte.

Die Ermittlungen richteten sich gegen 15 Verantwortliche von K+S sowie zwei Mitarbeiter des Thüringer Landesbergamtes. Es gehe darum, dass das Unternehmen Salzabwasser in der Gerstunger Mulde in den Erdboden gepumpt haben soll. Der Kasseler K+S-Konzern – mit mehr als 4000 Beschäftigten der größte Arbeitgeber im Grenzgebiet von Hessen und Thüringen – teilte mit, dass er „in vollem Umfang“ mit den Behörden kooperiere. Insgesamt soll das Unternehmen nach LKA-Angaben von 1999 bis 2007 bei der Kali-Gewinnung rund 9,5 Millionen Kubikmeter Abfall in den sogenannten Plattendolomit der Gerstunger Mulde versenkt haben. Die Genehmigung dafür erteilte das Landesbergamt, obwohl aus Sicht der Ermittler die wasserrechtlichen Voraussetzungen dafür nicht gegeben waren.

Die Ermittlungen gehen auf eine Strafanzeige der thüringischen Gemeinde Gerstungen von 2008 zurück. Seither laufe ein umfangreiches Verfahren, dessen Ende noch nicht absehbar sei, hieß es. Die Gemeinde Gerstungen hatte bisher erfolglos gegen das Versenken von Salzabwässern geklagt.

Die Ermittlungen treffen K+S mitten im Übernahmekampf mit dem Konkurrenten Potash – den solche Rechtsrisiken allerdings eher abschrecken könnten. Nach Informationen des „Handelsblatt“ bereiten die Kanadier, die seit Monaten vergeblich für einen Zusammenschluss werben, jetzt eine feindliche Übernahme des Konzerns vor.

Nach Einschätzung eines Rechtsexperten könnten deutsche Politiker eine solche Übernahme schwerlich stoppen. „Die Politik hat kaum Möglichkeiten, eine Übernahme von K+S zu verhindern“, sagte der Wirtschaftsrechtler Hartmut Krause von der Kanzlei Allen & Overy. Theoretisch könne das Wirtschaftsministerium eine Übernahme durch ein ausländisches Unternehmen zwar verbieten. Dafür müssten aber Grundinteressen des Landes bedroht sein. Bei Unternehmen mit Strom- oder Telekommunikationsnetzen könne das der Fall sein. „Bei K+S sehe ich eine solche Bedrohung durch Potash im Moment nicht. Düngemittel und Streusalz werden im Zweifel auch bei anderen Anbietern erhältlich sein.“ K+S hatte sich zur Abwehr von Potash auch an Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel gewandt.